



## Verbandsgemeinde Rhein - Selz

### Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) Ordnungsamt/Bürgerdienste – Feuerwehrwesen -

#### Verantwortlicher

##### (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz  
Fachbereich Ordnungsamt/Bürgerdienste  
Sant'Ambrogio-Ring 33  
55276 Oppenheim  
Telefon: 0 61 33 / 49 01 0  
E-Mail: [verbandsgemeinde@vg-rhein-selz.de](mailto:verbandsgemeinde@vg-rhein-selz.de)

#### Beauftragte oder Beauftragter für den

##### Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz  
Datenschutzbeauftragte  
Sant'Ambrogio-Ring 33  
55276 Oppenheim  
Telefon: 0 61 33 / 49 01 23 8  
E-Mail: [datenschutzbeauftragte@vg-rhein-selz.de](mailto:datenschutzbeauftragte@vg-rhein-selz.de)

#### Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

##### Zweck:

- Personalsachbearbeitung und Gesundheitsvorsorge der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren
- Erfassung und Auswertung der Einsatzberichte, Kostenersatzforderungen, Mitgliederverwaltung
- Bestellung/Beförderung und Verleihung von Ehrenabzeichen
- Ausbildung bei der Feuerwehr
- Aufwandsentschädigungen

##### Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 lit. c und e DS-GVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DS-GVO
- §§ 3. 36 Landesbrand- und Katastrophenschutzgesetz (LBKG), § 18 Feuerwehrverordnung (FwVO)

#### Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- Kasse der Verbandsgemeinde Rhein-Selz
- Wehrführung der Ortswehren und Wehrleitung
- Landkreis Mainz-Bingen, Kreisfeuerwehrverband, Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzakademie, Landesfeuerwehrverband, Ministerium des Innern und für den Sport
- Von der Verbandsgemeinde Rhein-Selz eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO)

#### Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

- entfällt

#### Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

- 30 Jahre

#### Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO). In dem Auskunftsantrag sollten das Anliegen präzisiert werden, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z.B. Steuerart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Zahlungsabwicklung, Vollstreckung) gemacht werden.
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.  
Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,
  - insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
  - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
  - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,

- oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Besteuerungsverfahrens, Führung des Gewerberegisters).

- **Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.-Nr.: 0 61 31 / 89 20 0, Fax: 0 61 31 / 89 20 29 9, E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)